

Landesverband Baden-Württemberg
im Deutschen Bibliotheksverband
BIB-Landesgruppe Baden-Württemberg
c/o Ingrid Bussmann
Gartenstraße 53
73765 Neuhausen



Wahlprüfsteine Landtagswahl Baden-Württemberg

Stuttgart, den 01. März 2011

SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

Sehr geehrte Frau Bussmann,

Peter Friedrich, MdB
Generalsekretär

vielen Dank für Ihre Anfrage und die damit verbundene Möglichkeit, die Positionen der SPD darzulegen!

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

Wahlprüfstein 1: Bibliotheksgesetz – Rechtliche Absicherung aller Bibliotheken in Baden-Württemberg

T 0711 – 6 19 36-0
F 0711 – 6 19 36-60

In den Bundesländern Thüringen (2008), Sachsen-Anhalt (2010) und Hessen (2010) wurden Bibliotheksgesetze auf Landesebene verabschiedet. Im November 2010 fand die erste Lesung für ein Bibliotheksgesetz in Nordrhein-Westfalen statt. In Schleswig-Holstein geht das Gesetzgebungsverfahren mit einer mündlichen Anhörung in den nächsten Monaten in eine weitere Runde. In Baden-Württemberg gibt es seit 1975 das „Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens“ (zuletzt geändert 1980). Derzeit sind keine Aktivitäten für ein eigenständiges Bibliotheksgesetz oder zur Novellierung des erwähnten Weiterbildungsgesetzes zu erkennen.

peter.friedrich@spd.de
www.spd-bw.de

Unsere Fragen:

1. Wie stellt sich Ihre Partei zu einem Bibliotheksgesetz für Baden-Württemberg?
2. Wird Ihre Partei einen Antrag zur Schaffung eines baden-württembergischen „Bibliotheksgesetzes“, das nachhaltig zur Verbesserung der Öffentlichen und Wissenschaftlichen Bibliotheken führen soll, einbringen oder einem solchen Antrag zustimmen?
3. Was sollte aus Ihrer Sicht ein Bibliotheksgesetz für Baden-Württemberg regeln?



zu 1., 2. und 3.:

Die Bibliotheksgesetze, die es in anderen Bundesländern gibt weisen eine Problematik auf, die Zweifel daran begründen können, ob und in welcher Weise solche Gesetze den öffentlichen Bibliotheken und ihrer guten Zukunft tatsächlich helfen können. Denn sie reichen kaum hinaus über eine prinzipielle Beteuerung ihrer Bedeutung und eine kategorisierende Zuordnung der verschiedenen Erscheinungsformen heutiger Bibliotheken und schließlich wird alles unter einen (gesetzlichen!) Finanzierungsvorbehalt gestellt. Der Grund dafür ist naheliegend: wer die Bibliotheken als Pflichtaufgabe definiert, wird gegenüber den Trägern finanzierungspflichtig.

Man kann der Auffassung sein, ein gesellschaftlicher Sachverhalt erhalte eine a priori-Bedeutung, wenn er gesetzlich geregelt ist; unter diesem Gesichtspunkt wäre in der Tat auch für die Bibliotheken ein Gesetz zu fordern. Andererseits liegen Erfahrungen vor, die belegen, dass eine gesetzliche Verankerung nominelle Bedeutung, aber materielle Vernachlässigung mit sich bringen kann – die gesetzliche Verankerung als ein Placebo.

Die baden-württembergische SPD wird, so wie es in anderen Bundesländern momentan der Fall ist, sorgfältig prüfen, ob den öffentlichen Bibliotheken mit einem eigenen Gesetz tatsächlich geholfen wäre. Alternativ wollen wir ein Landesbibliothekskonzept prüfen, das alle Bibliotheken im Land unabhängig von Aufgabenstellung, Trägerschaft, sektoraler/regionaler Zuständigkeit etc. umfasst und ihnen auf einer Zeitachse Entwicklungs- und Finanzierungsperspektiven zuschreibt und Verbindlichkeit gibt.

Wahlprüfstein 2: Förderung der Öffentlichen Bibliotheken

Jeder fünfte Baden-Württemberger lebt heute in einer Gemeinde ohne kommunale öffentliche Bibliothek. Öffentliche Bibliotheken dürfen in der Bildungsplanung des Landes nicht länger nur ein Randthema bleiben, nur weil sie primär in den Kompetenzbereich der Kommunen fallen. Hier sind durch das Land zukunftsorientierte Strategien und Konzepte im Bereich der finanziellen Förderung und anderer zentraler Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln, die den Bibliotheken einerseits im Bildungssystem spezifische Aufgaben und Funktionen zuweisen, andererseits aber den originären Gestaltungsrahmen der Kommunen unangetastet lassen. Schlagworte wie Wissens- und Informationsgesellschaft, Lebenslanges Lernen, Leseförderung, Integration und demografischer Wandel zeigen die erhebliche Anforderung an die Bildungssysteme in Deutschland auf. Öffentliche Bibliotheken als integrierte Kommunikations-, Lern- und Kulturorte bedürfen daher einer zielorientierten landesweiten Förderung.

Unsere Frage:

Für welche landespolitischen Maßnahmen zur kontinuierlichen und nachhaltigen Förderung von Öffentlichen Bibliotheken in Kommunen wird sich Ihre Partei einsetzen, um diese Bildungs- und Kultureinrichtungen besser als bisher finanziell sowie durch zentrale Unterstützungsleistungen abzusichern und damit auch unabhängiger von der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Kommunen zu machen?



SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

Seite 2/4



Die SPD will die zentralen Serviceeinrichtungen für das Bibliothekswesen im Land so finanzieren, dass sie nicht nur zur Erledigung der status quo-Aufgaben befähigt sind. Sie müssen auch in der Lage sein, die ihnen anvertrauten Bibliotheken so zu begleiten, dass sie rechtzeitig auf sich ändernde Anforderungen reagieren können. Wir wissen, dass dafür unter Umständen höhere Landeszuschüsse notwendig sind und wir sind bereit, diese Notwendigkeiten zu prüfen. Wir werden die zahllosen und inakzeptablen Stellenbefristungen durch unbefristete Verträge wo immer möglich beenden. Das Land und die öffentliche Hand muss selbst Vorbild als ordentlicher Arbeitgeber sein.

Die Frage, ob kommunale Bibliotheken direkt aus dem Landeshaushalt (mit)finanziert werden sollten, darf nicht nur unter dem Aspekt betrachtet werden, dass jeder zusätzliche Euro selbstverständlich hochwillkommen wäre. Ein garantierter Landeszuschuss zum Ausgleich kommunaler Finanzdellen würde zum Beispiel einen Anreiz zum Armsparen der Städtischen Bibliotheken setzen – das Land stünde ja bereit. Wir müssen auch an das Konnexitätsprinzip denken, das in diesem Fall umgekehrt wirken würde: eine kommunale Aufgabe würde mit Landesmitteln finanziert und damit ginge zwingend einher eine Mitsprachemöglichkeit des Landes – wie immer die dann praktisch gestaltet werden könnte. Wir verkennen allerdings nicht das dahinter stehende Grundproblem, nämlich die verlässliche, von kommunalen Knappheitszuständen unabhängige Finanzierung der Bibliotheken. Deshalb sind wir bereit, das Gespräch mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu suchen und auch mit den Verbänden der Bibliotheken, um erfolgversprechende Möglichkeiten zu prüfen.



SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

Seite 3/4

Wahlprüfstein 3: Digitale Dienstleistungen

Digitale Dienstleistungen sind derzeit die große Herausforderung für Bibliotheken. Eine Strategie zum Ausbau digitaler Dienstleistungen in Bibliotheken ist zu entwickeln. Dabei sind auch Konzepte zur Langzeitarchivierung digitaler Daten zu berücksichtigen.

Unsere Fragen:

- 1. Wie will Ihre Partei die Rahmenbedingungen für digitale Dienstleistungen öffentlicher und wissenschaftlicher Bibliotheken verbessern?**
- 2. Was gedenkt Ihre Partei zu tun, um die kulturelle Überlieferung in einer veränderten Publikationslandschaft zu sichern?**

zu 1. und 2.:

Die SPD kritisiert seit dem Einsetzen der digitalen Revolution, dass die damit einhergehende Technik und die von ihr verlangten Verbrauchsmaterialien für die Bibliotheken in aller Regel nicht als PLUS finanziert wurden, sondern aus den bestenfalls gedeckelten, meistens aber schrumpfenden Gesamtetats zu nehmen waren. Dies hat entweder zu Verwerfungen geführt zu Lasten der „Papier“-Abteilungen oder aber die Umstellung auf die digitalen Technologien konnte nicht



so gründlich und zügig von statten gehen, wie es die Servicefunktion der Bibliotheken eigentlich geboten hätte.

Diese Situation darf sich nicht wiederholen.

Wir stehen mitten in der nächsten Entwicklungsstufe der digitalen Revolution, die gekennzeichnet ist durch den stets möglichen Zugriff auf unbegrenzt große Datenmengen von unbegrenzt zahlreichen Datenquellen. Die SPD will aus ihrer kulturpolitischen Verantwortung heraus dafür sorgen, dass die öffentlichen Bibliotheken im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger an diesem Entwicklungsschritt teilhaben können – und diesmal nicht in einem improvisierenden Regieren, sondern in einem konzeptionell konsistenten vorausschauenden Handeln.

Darüber darf die Verantwortung der Bibliotheken für ihre kulturtradierende Aufgabe nicht vergessen werden. Digitale Medien sind geprägt vom Widerspruch zwischen ihrer Attraktivität, die in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Verfügbarkeit begründet liegt und der Tatsache, dass sie aus physikalischen Gründen endlich sind. Insofern braucht es aufwendige und teure technisch-wissenschaftliche Vorkehrungen, um kulturelle Überlieferung sicherzustellen in einer Zukunft, die noch mehr als bisher schon papierlos sein wird.

Ob die kulturelle Überlieferung als gesellschaftsverankerte Überzeugung erhalten werden kann, ist aber vor allem auch eine Mentalitätsfrage. Denn es ist dem Menschen eigen, dass er nur das unterstützt, was er wert schätzt. Eine Erziehung aber, die immer mehr vordergründig-utilitaristische Zielen untergeordnet wird und ein Lernverhalten, das sich nahezu ausschließlich auf den Computer stützt, lässt eine solche Mentalität der Wertschätzung des Kulturellen nicht entstehen. Daraus entsteht für die Politik die Verpflichtung zu Maßnahmen, die dieser Tendenz entgegenwirken und zwar auf vielfältigen Wegen. Dazu gehört eine Wiederbelebung der Lesekultur – es darf nicht sein, dass Kinder auf zehn-stündigen Autobahnfahrten kein Buch mehr in die Hand nehmen, sondern sich die Zeit mit Computerspielen vertreiben und genauso fatal ist die Tatsache, dass mittlerweile ganze Straßenzüge ohne jede abonnierte Tageszeitung sind. Diese Phänomene sind Ausdruck einer völlig gewandelten Teilhabe-Praxis am (bislang) gedruckten Wort. Die SPD unterstützt jede Politik, die dazu beiträgt, dass der Verlust des Kulturellen, der mit diesen Veränderungen in der Publikationslandschaft einhergeht, aufgehalten und so weit wie möglich revidiert/kompensiert wird.

Ihnen und dem Deutschen Bibliotheksverband e.V. wünsche ich für die Zukunft alles Gute!

Mit freundlichen Grüßen

Peter Friedrich



SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

Seite 4/4

